



## **Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**

Abgeordneter Hendrik Lange (DIE LINKE)

### **Magdeburger Empowerment Universität (MEU)**

Kleine Anfrage - **KA 6/7656**

#### **Vorbemerkung des Fragestellenden:**

Dem Vernehmen nach besteht in Magdeburg die Absicht, eine Hochschule in privater Trägerschaft zu gründen, die vor allem auf das Fachgebiet der Psychologie verbunden mit sozialem Unternehmertum im non-Profit-Bereich gerichtet sein soll. In Veröffentlichungen wird der Name Magdeburger Empowerment Universität (MEU) verwendet.

#### **Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft**

##### **Vorbemerkung:**

Die Landesregierung sieht in privaten Hochschulen, deren Qualität nachgewiesen ist, eine Bereicherung der staatlich geprägten Hochschullandschaft. Sie ist davon überzeugt, dass private Hochschulen zur Dynamik der Hochschulentwicklung beitragen sowie innovative Impulse setzen können und dass private Konkurrenz auch für die Entwicklung der staatlichen Hochschulen von Vorteil ist. Darüber hinaus können private Hochschulen dazu beitragen, die zu geringe Studierquote in Sachsen-Anhalt zu verbessern. Sie ergänzen und unterstützen die staatlichen Hochschulen. In Deutschland sind gegenwärtig von insgesamt 389 Hochschulen 149 Hochschulen in nicht-staatlicher Trägerschaft. 109 Hochschulen sind in privater, die Übrigen in kirchlicher Trägerschaft. Sachsen-Anhalt ist das einzige Land in Deutschland, in dem sich bisher keine private Hochschule angesiedelt hat.

Der Wissenschaftsrat hat den Beitrag nichtstaatlicher Hochschulen für das deutsche Hochschulsystem zur institutionellen Differenzierung sowie Flexibilisierung von Studienangeboten und Finanzierungsstrukturen gewürdigt. In seinen jüngsten Empfeh-

(Ausgegeben am 24.10.2012)

lungen hat sich der Wissenschaftsrat im Ergebnis dafür ausgesprochen, dass die nichtstaatlichen Hochschulen als ein Bestandteil des deutschen Hochschulsystems und nicht mehr nur als Ergänzung zu den staatlichen Hochschulen anzusehen sind, wie er es noch im Jahr 2000 formuliert hat.

**Frage 1:**

**Kann die Landesregierung bestätigen, dass ein solches Vorhaben in Magdeburg verfolgt wird und dass bereits zum Wintersemester 2012/2013 Bewerbungen an dieser Hochschule möglich sind?**

Die Landesregierung bestätigt, dass eine private Gründungsinitiative unter dem Namen MAPP Empowerment University (MEU) in Magdeburg die Errichtung einer Hochschule beabsichtigt. Ein entsprechender Antrag wurde dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft zugeleitet. Der Antrag wird gegenwärtig entsprechend dem Hochschulgesetz Sachsen-Anhalt geprüft. Eine Entscheidung über die Betriebsgenehmigung liegt aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Prüfungsverfahrens derzeit nicht vor. Die Aufnahme des Studienbetriebs und die Entgegennahme von Bewerbungen stehen daher unter dem Vorbehalt einer staatlichen Betriebsgenehmigung.

**Frage 2:**

**Liegen der Landesregierung Anträge zur Errichtung dieser Hochschule vor? Wenn ja, in welchem Stadium sind die erforderlichen Genehmigungsverfahren?**

Dem Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft liegt ein Antrag zur Errichtung dieser Hochschule vor. Das Land Sachsen-Anhalt hat den Antrag dem Wissenschaftsrat zur Konzeptprüfung vorgelegt. Der Wissenschaftsrat begutachtet gegenwärtig den Antrag.

**Frage 3:**

**Welches Trägermodell ist für die Hochschule vorgesehen?**

Es ist ein Modell in privater Trägerschaft vorgesehen. Die MAPP Empowerment University (MEU) firmiert als gemeinnützige GmbH des Sozialunternehmens Magdeburger Akademie für Praxisorientierte Psychologie (MAPP). Das organisatorische und juristische Dach des Sozialunternehmens MAPP ist die MAPP-Verwaltungs-GmbH. Kommanditist ist Herr Prof. Dr. Meinrad Armbruster. Weitere juristische oder natürliche Personen haben keine Anteile an der Trägergesellschaft.

**Frage 4:**

**Wie bewertet die Landesregierung eine solche Hochschulgründung fachlich und hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Tragfähigkeit?**

Der Antrag der Hochschule ist noch nicht abschließend entsprechend dem Hochschulgesetz des Landes (HSG LSA) geprüft. Das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft erwartet die Voten des Wissenschaftsrates für das Gesamtkonzept und die Voten der eingeschalteten Akkreditierungsagentur für die einzelnen Studiengänge. Erst wenn diese Voten vorliegen, wird das Ministerium seinerseits eine abschließende fachliche und wirtschaftliche Bewertung sowie die Entscheidung über die Betriebsgenehmigung und staatliche Anerkennung vornehmen.

**Frage 5:**

**Unterstützen die Landesregierung und das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft (MW) diese Hochschulneugründung und wenn ja, in welcher Form? Unterstützen die Landesregierung und das MW insbesondere die Genehmigungsverfahren gegenüber dem Wissenschaftsrat?**

Die Landesregierung und das zuständige Ministerium für Wissenschaft und Wirtschaft begleiten die Hochschulneugründung. Die vorläufige staatliche Anerkennung durch das Land erfolgt in Einklang mit dem Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (§ 105 Abs. 1 Satz 2 HSG LSA) u. a. auf der Grundlage einer Konzeptprüfung durch den Wissenschaftsrat. Das bundesweit vereinbarte Wissenschaftsratsverfahren sieht dann nach ca. drei Jahren die Akkreditierung vor. Das Antragsverfahren für das Wissenschaftsratsverfahren kann nur über das Land eingeleitet werden. Von daher ist die Begleitung des Gründungsprozesses durch das Ministerium zwingend.

**Frage 6:**

**Hält es die Landesregierung für möglich, das Projekt mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds zu unterstützen? Wenn diese Möglichkeit grundsätzlich besteht, beabsichtigt die Landesregierung hierfür Mittel zu beantragen? Hat sie gegebenenfalls bereits EU-Mittel in Aussicht gestellt?**

Es ist Angelegenheit der Gründungsinitiatoren, ob sie einen Antrag auf Förderung mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds stellen. Die zuständigen Stellen werden über eingehende Anträge auf der Grundlage von bestehenden Richtlinien und Förderbedingungen entscheiden.

**Frage 7:**

**Beabsichtigt die Landesregierung Landesmittel zur Förderung dieser Einrichtung in den nächsten Haushaltsentwurf aufzunehmen?**

Die Landesregierung hat keine Pläne, Landesmittel zur Förderung dieser Einrichtung in den nächsten Haushaltsentwurf aufzunehmen.

**Frage 8:**

**Welches Gremium befasst sich derzeit mit der Vorbereitung der Errichtung dieser Hochschule?**

**Nach Presseveröffentlichungen muss davon ausgegangen werden, dass daran auch Hochschullehrer aus Hochschulen in Sachsen-Anhalt maßgeblich beteiligt sind. Ist diese Tätigkeit mit den einschlägigen Regelungen zur Nebentätigkeit von Professorinnen und Professoren vereinbar?**

Der Gründer bereitet gegenwärtig die Errichtung der Hochschule vor. Die Gremien des Wissenschaftsrates und der Akkreditierungsagentur sind gegenwärtig mit den Unterlagen der Gründungsinitiative befasst. In Sachsen-Anhalt diskutieren und begleiten auch die Hochschulrunde und die Landesrektorenkonferenz das Thema.

Nach Kenntnis des Ministeriums für Wissenschaft und Wirtschaft bringen auch Hochschullehrer/innen aus Sachsen-Anhalt ihr Know How in die Gründung mit ein.

Die Zuständigkeit für die Genehmigung von Nebentätigkeiten liegt bei den Rektoren bzw. dem Präsidenten der Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt. Das Ministe-

rium für Wissenschaft und Wirtschaft geht davon aus, dass die Hochschulleiter anzeigepflichtige Nebentätigkeiten ordnungsgemäß genehmigt haben.

**Frage 9:**

**Wie schätzt die Landesregierung die Nachfrage für das anvisierte Studienangebot der zu errichtenden Hochschule ein? Entsteht eine Konkurrenzsituation zu Studienangeboten an staatlichen Hochschulen? Wenn ja, zu welchen?**

Das von der Gründungsinitiative geplante Studienangebot enthält in vielerlei Hinsicht für das Land Sachsen-Anhalt innovative Elemente, sowohl inhaltlich als auch mit Blick auf die anzusprechende potenzielle Studierendenklientel. Wesentliche Überschneidungen mit dem Studienangebot staatlicher Hochschulen in Sachsen-Anhalt sind nicht erkennbar. Es besteht eine gute Chance, durch die neuen Angebote zusätzliche Zielgruppen für ein Studium in Sachsen-Anhalt zu erreichen.

**Frage 10:**

**Wer trägt das Risiko bei einem Scheitern der MEU, insbesondere hinsichtlich des Studienabschlusses immatrikulierter Studierender, hinsichtlich eingegangener Verträge und Verpflichtungen auf den Gebieten der Forschung und Weiterbildung sowie hinsichtlich ggf. aufgenommener Kredite?**

Die Studierenden gehen ebenso wie andere Vertragspartner mit der privaten Hochschule einen privatrechtlichen (Studien-) Vertrag ein und tragen daher auch die mit diesem Vertrag verbundenen Risiken. Das gilt auch für den Studienabschluss im Fall des Scheiterns der privaten Hochschule.

Unbeschadet bleibt die Möglichkeit der Studierenden, erreichte Studienleistungen (ECTS) an andere Hochschulen zu transferieren, sofern diese ähnliche Studienangebote haben und die Leistungen entsprechend anerkennen.

Das Land geht im Fall der Erteilung der Betriebserlaubnis nicht von einem Scheitern der Hochschule aus. Zur Absicherung richtet sich das Land nach den Vorgaben des HSG LSA. Das Gründungskonzept wird vom Wissenschaftsrat begutachtet und ggf. wird das Land neben dem Finanzkonzept auch den Nachweis von finanziellen Sicherheiten verlangen.